

präventiv betreut. Unsere Verantwortung endet aber nicht mit dem Eintritt in die Pflege. Aktuell zeigt sich die Gesundheitspolitik besorgt, ob wir dem wachsenden Bedarf gerecht werden – unter anderem in Bayern und Berlin. Wir können und müssen den Gegenbeweis antreten! Wenn sich hier nichts ändert, steht zu befürchten, dass die hohen Erwartungen, die in den Verhandlungen mit dem Gesetzgeber und den gesetzlichen Krankenkassen geweckt wurden, nicht erfüllt werden können. Damit droht ein Glaubwürdigkeitsverlust, der die ganze Zahnmedizin trübe. Wer die Pflegezahnmedizin nicht schultert, wird

wohl auch wenig Verständnis für teure Endos oder Spitzenprothetik bekommen.

An die Hochschulen sei ebenfalls der dringende Appell gerichtet, die Pflegezahnmedizin ernst zu nehmen. Studierende, die sie im Studium nicht als relevant erleben, werden sich im zahnärztlichen Berufsleben schwertun, den richtigen Zugang zu finden. Es ist eine wichtige Aufgabe der Hochschulen, diesen Zugang zu vermitteln.

Prof. Dr. Christoph Benz
Vizepräsident der BZÄK

Mitglied des Vorstands und Referent Patienten der BLZK

Selbstverwaltung im Dialog

Mitglieder des Gesundheitsausschusses im Zahnärztheaus

Zum ersten Mal trafen sich Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit und Pflege des Bayerischen Landtags im Zahnärztheaus. Der Meinungsaustausch kam auf Einladung der beiden zahnärztlichen Selbstverwaltungskörperschaften zustande.

Mit dabei waren Kathrin Sonnenholzner (SPD), die Vorsitzende des Ausschusses, und deren Stellvertreter Bernhard Seidenath (CSU). Außerdem waren Hermann Imhof (CSU), Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, sowie Ruth Müller (SPD) zum Gespräch mit Repräsentanten der Landesvertretung und Experten aus der Ver-

waltung gekommen. Die Tagesordnung war gefüllt mit Themen, die den zahnärztlichen Berufsstand aktuell bewegen.

Verantwortung für Gesundheit

BLZK-Präsident Christian Berger sprach bei der Begrüßung die positiven Erfahrungen mit der neu ausgerichteten Führung von BLZK und KZVB an. Die Spitzenämter in den Körperschaften sind seit Jahresbeginn personengleich besetzt. Positionen der Zahnärzteschaft werden seither mit „einer Stimme“ vorgetragen. Sie erhalten damit mehr Gewicht im politischen Raum und in der Gesellschaft. Dies werde auch von Staatsministern Melanie Huml positiv



Foto: BLZK

Vertreter der zahnärztlichen Körperschaften in Bayern sprachen mit Mitgliedern des Landtagsausschusses für Gesundheit und Pflege über wichtige Gesundheitsthemen (v.l.): Dr. Manfred Kinner, Dr. Rüdiger Schott, Bernhard Seidenath, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Christian Öttl, Hermann Imhof, Christian Berger und Prof. Dr. Christoph Benz.

gesehen, was sie beim Bayerischen Zahnärztetag eigens hervorgehoben habe, erinnerte Berger. Die Gesundheitspolitik spiele zwar in der aktuellen parteipolitischen Diskussion und auch im Hinblick auf die in Bayern bevorstehenden Landtagswahlen keine herausgehobene Rolle. Die Verantwortung für diesen Bereich sei aber angesichts der großen Wirtschaftsbedeutung des Gesundheitsmarktes und der zentralen Rolle einer guten Patientenversorgung wichtiger denn je.

Erfolge und Handlungsbedarf

Im Hinblick auf die kontinuierliche Verbesserung der Versorgung verwies Berger auf das jüngst bei der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer und bei der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung verabschiedete PAR-Konzept, mit dem der Volkskrankheit Parodontitis begegnet werden soll (siehe Bericht auf Seite 8 ff.). Prof. Dr. Christoph Benz, Mitglied des Vorstands der BLZK und Referent Patienten der BLZK, schloss sich dem mit Erfolgsmeldungen an: „Deutschland ist Weltmeister in der Mundgesundheit.“ Die präventive Zahnheilkunde sei erfolgreich, Karies auf dem Rückzug – dies zeige die Fünfte Deutsche Mundgesundheitsstudie (DMS V).

Aber die Studie belegt auch Handlungsbedarf bei der stationären Versorgung hochbetagter Patienten. In der Pflege seien die Zeitbudgets zu knapp bemessen, für Mundhygiene bleibe wenig Zeit. Die Pfleger seien in Bezug auf die Zahngesundheit von Senioren nur unzureichend ausgebildet. An den Universitäten falle die Alterszahnmedizin durch das Raster (siehe Bericht auf Seite 14 ff.).

Der Patienten- und Pflegebeauftragte Hermann Imhof bestätigte diese Sorge um die unzureichende Versorgung aus eigener Wahrnehmung. Er erhalte dazu immer wieder Anfragen von pflegenden Angehörigen, was auch die Ausschussvorsitzende Kathrin Sonnenholzner für sich bestätigte. Die Abgeordneten verwiesen auf eine Reihe von Initiativen, die mobile ambulante zahnärztliche Versorgung zu verbessern, oft getragen von Idealismus. In dieser Hinsicht leistet das Patenzahnarztmodell der BLZK einen wertvollen Beitrag. Bernhard Seidenath dankte der Zahnärzteschaft für deren Leistungen in der Versorgung Pflegebedürftiger und warb für die neue Schwerpunktkampagne des Gesundheitsministeriums zur Seniorengesundheit. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig: Idealismus allein reicht nicht, um die zahnärztliche Versorgung Pflegebedürftiger nachhaltig zu verbessern. Hier ist auch die Politik gefordert.

Approbationsbehörden unter Druck

Der Justitiar der BLZK, Ass. jur. Michael Pangratz, schilderte, dass sich die Zahl der Anträge auf Erteilung einer zahnärztlichen Approbation dadurch erhöht hat, dass das Kriterium der deutschen Staatsangehörigkeit beziehungsweise der Staatsangehörigkeit zu einem EU-Mitgliedsstaat beziehungsweise sonstigem EWR- oder Vertragsstaat als Approbationserteilungsvoraussetzung vor einigen Jahren durch Änderung des Zahnheilkundengesetzes entfallen ist. Im Jahr 2015 hat dann die Staatsregierung die Zuständigkeit für Berufszulassungsentscheidungen der verkammerten Heilberufe auf die Regierungen von Oberbayern und Unterfranken konzentriert. Die Heilberufekammern in Bayern hatten bereits damals Bedenken angemeldet, ob die beiden Regierungen bei dieser Aufgabenkonzentration in personeller und sachlicher Hinsicht noch hinreichend ausgestattet sind.

Wie befürchtet, haben sich bei der durch die Aufgabenverteilung ohnehin besonders belasteten Regierung von Oberbayern erhebliche Verzögerungen eingestellt – sowohl bei der Bearbeitung der vorliegenden Anträge auf Berufszulassung als auch, was im Einzelfall noch gravierendere Folgen haben kann, bei Verfahren, die das Ruhen oder den Widerruf der Approbation zum Ziel haben. Es bedarf organisatorischer, personeller und finanzieller Maßnahmen, die seitens des Staates getroffen werden müssen, um Abhilfe zu schaffen. Sowohl Sonnenholzner als auch Seidenath wollten dem weiter nachgehen. Die bayerischen Heilberufekammern haben sich jüngst in dieser Angelegenheit auch mit einem gemeinsamen Schreiben an Ministerin Huml gewandt.

Weitere Gespräche sollen folgen

Rechtsanwältin Susanne Ottmann-Kolbe, Vorsitzende der Schlichtungsstelle, präsentierte das neue Schlichtungsverfahren der BLZK. Es hat sich rasch zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Das Angebot einer außergerichtlichen Streitschlichtung erfreut sich bei Zahnärzten und Patienten hoher Akzeptanz. Dies belegt auch eine aktuelle Evaluation des Verfahrens, deren Ergebnisse Ottmann-Kolbe vorstellte. Die Initiative der BLZK wurde von den Gesprächspartnern aus dem Bayerischen Landtag sehr interessiert aufgenommen. Kurz angesprochen wurden auch die notwendige Weiterentwicklung des Krankenversicherungssystems und die dringend erforderliche Anpassung der GOZ an steigende Praxiskosten. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden.